

## ■ Zahlen und Fakten

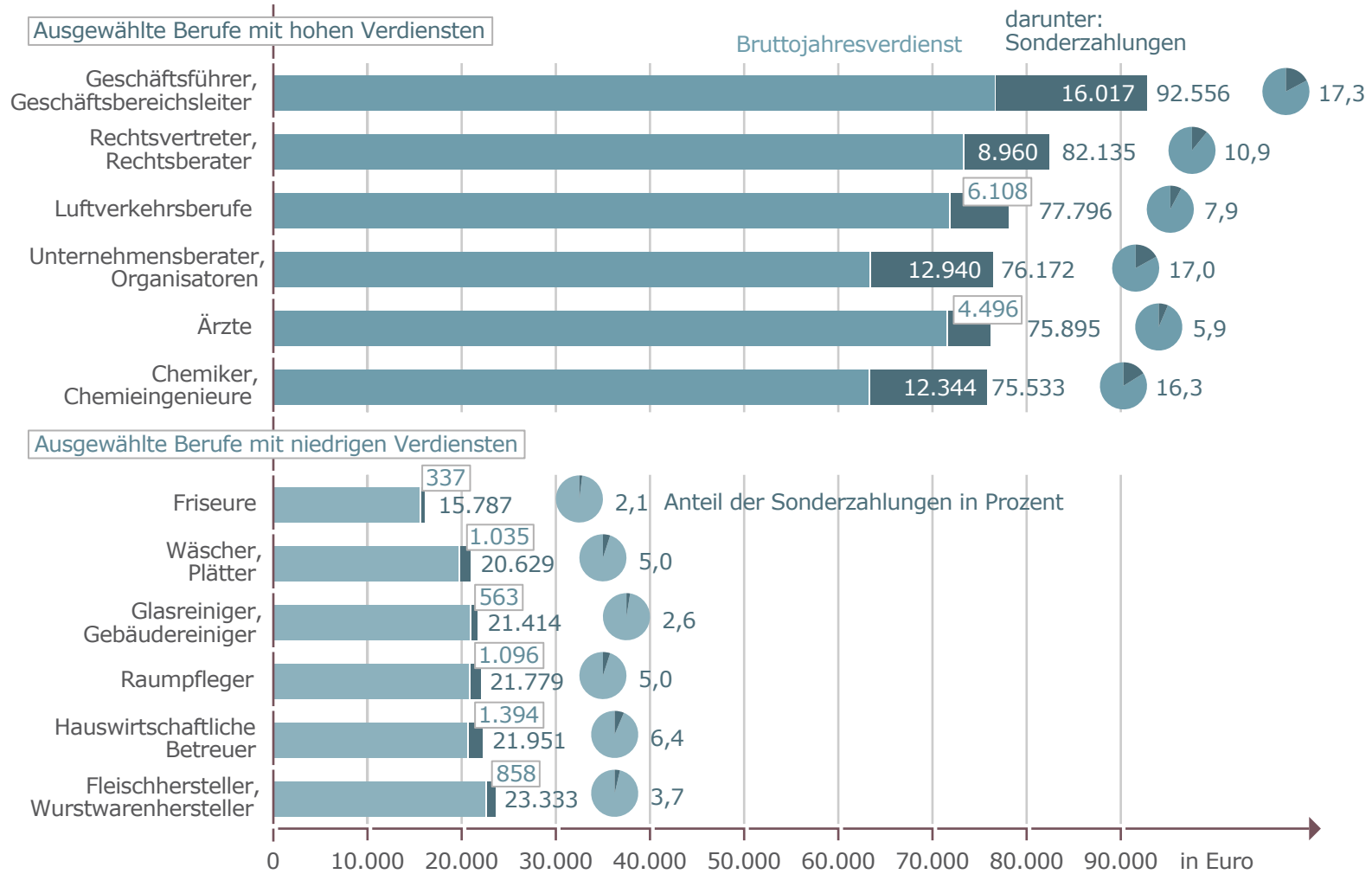
# ■ Die soziale Situation in Deutschland

## Einkommen und Vermögen - Inhalt

- |   |    |   |    |
|---|----|---|----|
| ■ <b>Bruttojahresverdienste nach Berufen</b><br>Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, 2006   | 01 | ■ <b>Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung</b><br>Anteile am Einkommensvolumen nach Dezilen, in Prozent, 2005 | 24 |
| ■ <b>Privathaushalte nach Größe und monatlichem Nettoeinkommen</b><br>Haushalt in absoluten Zahlen, Haushaltsnettoeinkommen in Euro, 2007 | 04 | ■ <b>Einkommensteueranteile</b><br>Einkommen und Anteile am Einkommensteueraufkommen nach Dezilen, hochgerechnet auf das Jahr 2007  | 28 |
| ■ <b>Ausstattung mit Gebrauchsgütern</b><br>Ausstattungsgrad privater Haushalte nach ausgewählten Gebrauchsgütern in Prozent, 01.01.2008  | 08 | ■ <b>Vermögensentwicklung</b><br>Vermögen der privaten Haushalte in absoluten Zahlen, Bruttowerte, Jahresendstände, 1992 bis 2006   | 32 |
| ■ <b>Grundsicherung (SGB II)</b><br>Durchschnittliche Geldleistungen je Bedarfsgemeinschaft (BG) pro Monat, in Euro, 2007                 | 12 | ■ <b>Struktur des Geldvermögens</b><br>Anteile der Vermögensarten in Prozent, 1970 bis 2006   | 36 |
| ■ <b>Relative Einkommensposition</b><br>Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Einkommensgruppen in Prozent, 1985 bis 2006           | 16 | ■ <b>Vermögensverteilung</b><br>Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007           | 39 |
| ■ <b>Einkommensverteilung</b><br>Anteile am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nach Dezilen, in Prozent, 2005                | 20 |   |    |

# Bruttojahresverdienste nach Berufen

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt: Verdienststrukturerhebung, Pressemitteilung  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2008

## ■ Bruttojahresverdienste nach Berufen

### ■ Fakten

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag im Oktober 2006 der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) bei 3.093 Euro. Der durchschnittliche Nettomonatsverdienst betrug 1.986 Euro. Damit blieben den Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe von 100 Euro Bruttolohn im Jahr 2006 nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen im Durchschnitt 64,41 Euro. Dies entsprach in etwa den Ergebnissen der Erhebungen in den Jahren 1995 und 2001 (65,23 und 64,77 Euro). Die Beitragssätze der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung stiegen in diesen Jahren von 19,7 Prozent im Jahr 1995 – über 20,4 Prozent 2001 – auf 21,4 Prozent im Jahr 2006.

Die Höhe des Brutto-monatsverdienstes hängt auch von der Größe des Unternehmens ab: Je mehr Arbeitnehmer im Unternehmen beschäftigt waren, desto höher war der Bruttomonatsverdienst. So verdienen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten durchschnittlich 2.534 Euro und in mittelgroßen Unternehmen mit 100 bis 249 Arbeitnehmern 2.900 Euro. In großen Unternehmen (1.000 und mehr Beschäftigte) lag der Bruttomonatsverdienst bei 3.618 Euro.

Den höchsten Bruttojahresverdienst differenziert nach Berufen – Selbstständige werden bei der Verdienststrukturerhebung nicht erfasst – erzielten im Jahr 2006 Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter mit durchschnittlich 92.556 Euro. An zweiter Stelle lagen Rechtsvertreter und Rechtsberater mit 82.135 Euro, gefolgt von Luftverkehrs-

berufen mit 77.796 Euro und Unternehmensberatern mit 76.172 Euro. Ebenfalls sehr hohe Bruttojahresverdienste erhielten angestellte Ärzte (75.895 Euro) sowie Chemiker und Chemieingenieure (75.533 Euro). Den niedrigsten Verdienst 2006 hatten Friseure mit 15.787 Euro. Andere Berufe mit sehr niedrigen Bruttojahresverdiensten waren Wäscher und Plätter (20.629 Euro), Glasreiniger und Gebäudereiniger (21.414 Euro), Raumpfleger (21.779 Euro), Hauswirtschaftliche Betreuer (21.951 Euro) sowie Fleisch- und Wursthersteller (23.333 Euro).

Hohe Bruttojahresverdienste gingen häufig auch mit hohen Sonderzahlungen wie zum Beispiel Weihnachts-, Urlaubsgeld oder Leistungsprämien einher. So bekamen Chemiker und Chemieingenieure im Jahr 2006 durchschnittlich Sonderzahlungen in Höhe von 12.344 Euro. Dies entsprach 16,3 Prozent des Bruttojahresverdienstes. In Berufen mit niedrigen Verdiensten wurden dagegen häufig nur geringe Sonderzahlungen ausgezahlt. Friseure bekamen im Durchschnitt 337 Euro, das waren lediglich 2,1 Prozent ihres Bruttojahresverdienstes.

### ■ Datenquelle

Statistisches Bundesamt: Verdienststrukturerhebung, Pressemitteilung

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Bei der Verdienststrukturerhebung wurden für rund 34.000 Betriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten) und für mehr als 3 Millionen Arbeitnehmer Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten im Jahr 2006 erfragt.

## ■ ■ Bruttojahresverdienste nach Berufen

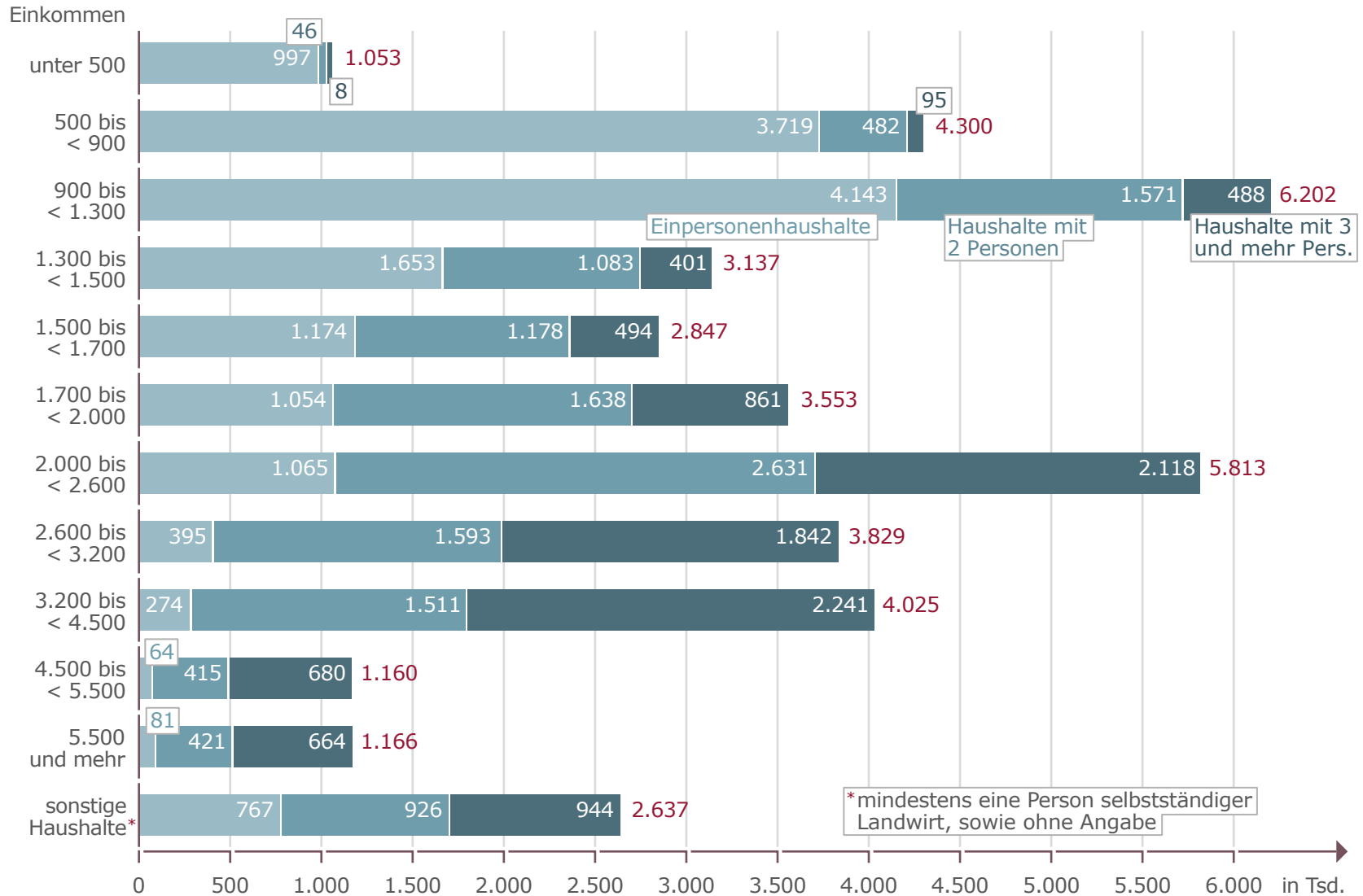
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, 2006

	Bruttojahres- verdienst, in Euro	darunter: Sonderzahlungen, in Euro	Anteil der Sonderzahlungen am Bruttojahresverdienst, in Prozent
<b>Ausgewählte Berufe mit hohen Verdiensten</b>			
<b>Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter</b>	92.556	16.017	17,3
<b>Rechtsvertreter, Rechtsberater</b>	82.135	8.960	10,9
<b>Luftverkehrsberufe</b>	77.796	6.108	7,9
<b>Unternehmensberater, Organisatoren</b>	76.172	12.940	17,0
<b>Ärzte</b>	75.895	4.496	5,9
<b>Chemiker, Chemieingenieure</b>	75.533	12.344	16,3
<b>Ausgewählte Berufe mit niedrigen Verdiensten</b>			
<b>Friseure</b>	15.787	337	2,1
<b>Wäscher, Plätter</b>	20.629	1.035	5,0
<b>Glasreiniger, Gebäudereiniger</b>	21.414	563	2,6
<b>Raumpfleger</b>	21.779	1.096	5,0
<b>Hauswirtschaftliche Betreuer</b>	21.951	1.394	6,4
<b>Fleischhersteller, Wurstwarenhersteller</b>	23.333	858	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Verdienststrukturerhebung, Pressemitteilung

## ■ Privathaushalte nach Größe und monatlichem Nettoeinkommen

Haushalt in absoluten Zahlen, Haushaltsnettoeinkommen in Euro, 2007



## ■ Privathaushalte nach Größe und monatlichem Nettoeinkommen

### ■ Fakten

Von den 39,72 Millionen Haushalten in Deutschland im Jahr 2007 hatten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2,7 Prozent ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 500 Euro. Bei 10,8 Prozent waren es 500 bis unter 900 Euro. Ein knappes Drittel aller Haushalte (30,7 Prozent) verfügte über ein Haushaltsnettoeinkommen von 900 bis unter 1.700 Euro; ein Drittel (33,1 Prozent) über 1.700 bis 3.200 Euro. Bei 10,1 bzw. 3,7 Prozent der Haushalte lag das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bei 3.200 bis unter 4.500 Euro bzw. bei 4.500 bis 6.000 Euro. 6.000 Euro und mehr hatten 2,1 Prozent der Haushalte zur Verfügung. 6,6 Prozent aller Haushalte wurden nicht nach Einkommen gegliedert.

57,6 Prozent der Einpersonenhaushalte hatten im Jahr 2007 ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.300 Euro – bei 24,2 Prozent lag es bei 500 bis unter 900 Euro und bei 6,5 Prozent bei unter 500 Euro. Einen deutlich niedrigeren Anteil hatten die Haushalte mit Einkommen von unter 1.300 Euro bei den Zweipersonenhaushalten (15,6 Prozent) und bei den Haushalten mit 3 und mehr Personen (5,5 Prozent). Auf der anderen Seite verfügten lediglich 0,9 Prozent aller Einpersonenhaushalte über ein Einkommen von 4.500 Euro und mehr. Bei den Zweipersonenhaushalten lag dieser Anteil bei 6,2 Prozent. Mit 12,4 Prozent war der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.500 Euro bei den Haushalten mit 3 und mehr Personen am höchsten.

Bei knapp zwei Dritteln aller Haushalte (66,0 Prozent) war der Haupteinkommensbezieher im Jahr 2007 männlich. Unter den Haushalten

mit männlichem Haupteinkommensbezieher lag der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.300 Euro bei 19,9 Prozent und der Anteil der Haushalte mit Einkommen von mehr als 4.500 Euro bei 7,7 Prozent. Von den Haushalten mit weiblichem Haupteinkommensbezieher hatte hingegen fast die Hälfte niedrigere Einkommen (47,0 Prozent). Der Anteil der Haushalte mit Einkommen von mindestens 4.500 Euro war mit 2,3 Prozent deutlich niedriger als bei den Haushalten mit männlichem Haupteinkommensbezieher.

Eine Unterteilung der Haushalte nach Alter des Haupteinkommensbeziehers zeigt, dass im Jahr 2007 vor allem bei Haushalten mit jüngem Haupteinkommensbezieher (unter 25 Jahre) der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.300 Euro besonders hoch war (68,0 Prozent). Bei Haushalten, bei denen der Haupteinkommensbezieher 25 bis unter 45 Jahre bzw. 45 bis unter 65 Jahre alt war, lag der Anteil der Haushalte mit Einkommen von unter 1.300 Euro bei 24,7 bzw. 21,1 Prozent. Bei Haushalten mit älteren Haupteinkommensbeziehern (65 bis unter 85 Jahre bzw. 85 Jahre und älter) lag der entsprechende Anteil wiederum höher (35,8 bzw. 50,2 Prozent).

Im selben Jahr war bei 92,0 Prozent aller Haushalte der Haupteinkommensbezieher deutsch, bei 8,0 Prozent ausländisch. Der Anteil der Haushalte mit Einkommen von unter 1.300 Euro war bei Haushalten mit deutschem Haupteinkommensbezieher (28,3 Prozent) deutlich niedriger als bei Haushalten mit ausländischem Hauptein-



## ■ Privathaushalte nach Größe und monatlichem Nettoeinkommen

kommensbezieher (38,7 Prozent). Auf der anderen Seite bezogen 6,1 Prozent aller Haushalte mit deutschem Haupteinkommensbezieher ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.500 Euro; bei den Haushalten mit ausländischem Haupteinkommensbezieher lag der entsprechende Wert bei lediglich 3,5 Prozent.

### ■ Datenquelle

Statistisches Bundesamt: Mikrozensus

## ■ Privathaushalte nach Größe und monatlichem Nettoeinkommen

In absoluten Zahlen, 2007

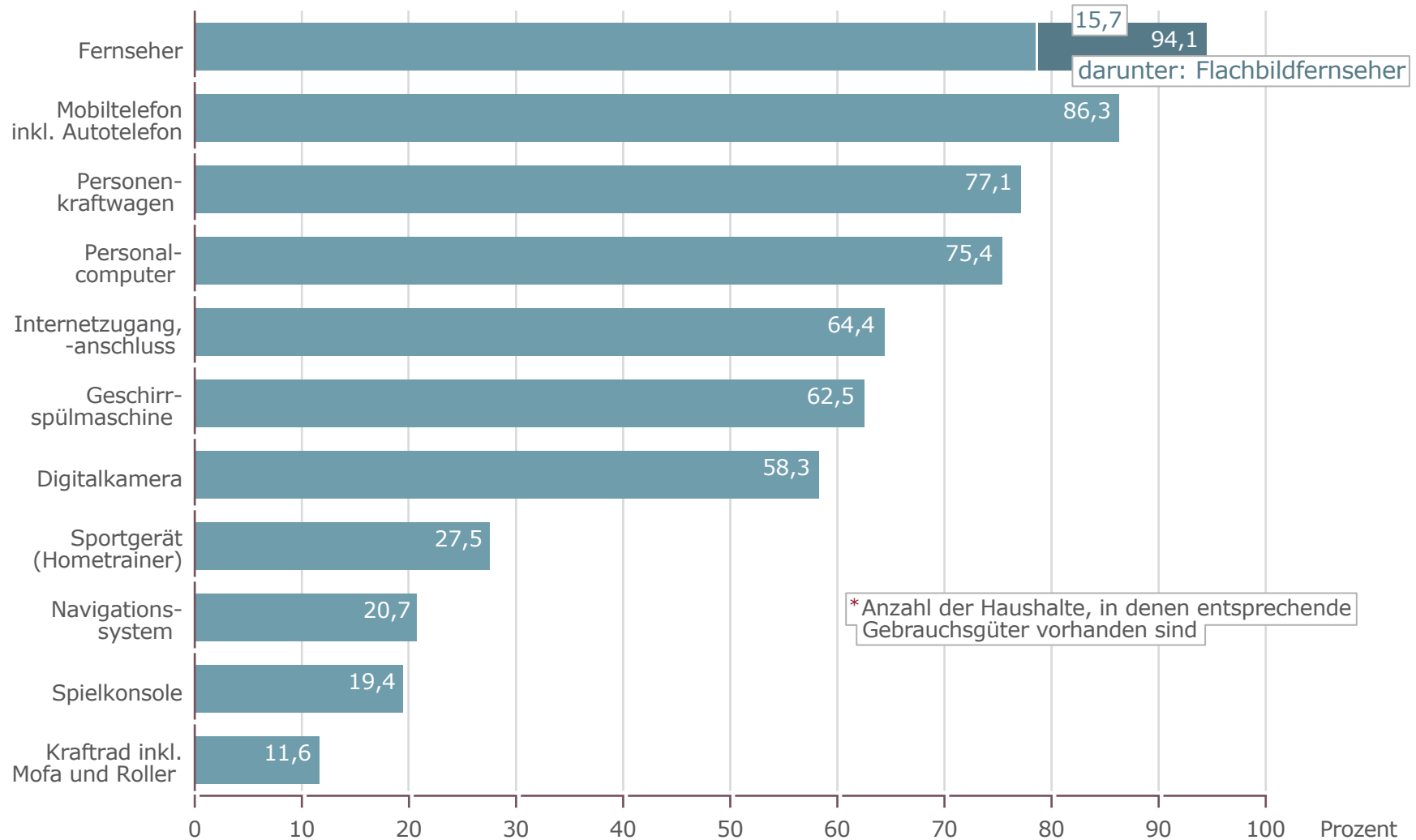
mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro	Einpersonenhaushalte	Privathaushalte mit 2 Personen	Privathaushalte mit 3 und mehr Personen	insgesamt
	in Tsd.			
unter 500	997	46	8	1.053
500 bis 900	3.719	482	95	4.300
900 bis 1.300	4.143	1.571	488	6.202
1.300 bis 1.500	1.653	1.083	401	3.137
1.500 bis 1.700	1.174	1.178	494	2.847
1.700 bis 2.000	1.054	1.638	861	3.553
2.000 bis 2.600	1.065	2.631	2.118	5.813
2.600 bis 3.200	395	1.593	1.842	3.829
3.200 bis 4.500	274	1.511	2.241	4.025
4.500 bis 5.500	64	415	680	1.160
5.500 und mehr	81	421	664	1.166
sonstige Haushalte*	767	926	944	2.637
<b>insgesamt</b>	<b>15.385</b>	<b>13.496</b>	<b>10.840</b>	<b>39.722</b>

\* Haushalte, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbstständiger Landwirt/selbstständige Landwirtin ist, sowie ohne Angabe

Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus

## ■ Ausstattung mit Gebrauchsgütern

Ausstattungsgrad\* privater Haushalte nach ausgewählten Gebrauchsgütern in Prozent, 01.01.2008



\* Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende Gebrauchsgüter vorhanden sind

Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2009



# ■ Ausstattung mit Gebrauchsgütern

## ■ Fakten

Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) entfielen auf die 39 Millionen privaten Haushalte in Deutschland rund 40 Millionen Autos, 48 Millionen Computer, 60 Millionen Mobiltelefone und 70 Millionen Fahrräder. Je nach Gebrauchsgut ist der Ausstattungsgrad der Haushalte allerdings sehr unterschiedlich hoch.

Im Jahr 1998 verfügten nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland über ein Festnetztelefon (97 Prozent), aber nur jeder neunte Haushalt (11 Prozent) konnte auch mobil telefonieren. Im Jahr 2008 wurde bereits in 86 Prozent aller privaten Haushalte mit dem Handy telefoniert. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone ist von 4,5 Millionen (1998) auf 60 Millionen Mobiltelefone Anfang 2008 gestiegen; das entsprach durchschnittlich 1,5 Mobiltelefonen je Privathaushalt.

Auch Navigationssysteme erfreuen sich wachsender Beliebtheit: Anfang 2008 besaßen 21 Prozent der privaten Haushalte ein Navigationssystem. Allerdings steigt der Ausstattungsgrad mit zunehmendem Einkommen: Lediglich 5 bzw. 8 Prozent der Haushalte, die über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 900 Euro bzw. bis unter 1.300 Euro verfügten, hatten 2008 ein „Navi“. In den beiden oberen Einkommensklassen von 3.600 Euro bis unter 18.000 Euro waren es 42 bzw. 57 Prozent.

Rasante Entwicklungen haben sich bei der Ausstattung privater Haushalte mit Computern und Internetzugang vollzogen. Stand 1993 gerade mal in jedem fünften Haushalt (21 Prozent) ein PC, so verfügten

Anfang 2008 bereits drei Viertel (75 Prozent) aller Haushalte über einen oder mehrere PC (EU-Durchschnittswert 2005: 51 Prozent). Stark zugenommen hat auch der Anteil der Haushalte mit mobilen PC: Besaßen Anfang 2003 nur 11 Prozent der privaten Haushalte ein Notebook, Lap- oder Palmtop, waren es Anfang 2008 bereits 35 Prozent. Anfang 2008 fanden sich in den privaten Haushalten 47,6 Millionen PC (1993: 8,4 Millionen). Konnten 1998 gerade mal 8 Prozent der privaten Haushalte ins Internet, so waren es 2008 bereits 64 Prozent. Allein zwischen 1998 und 2003 stieg die Zahl der erfassten Internetzugänge von 3,1 auf 18,2 Millionen.

Während nur 56 Prozent der Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro einen PC und nur 40 Prozent Zugang zum Internet hatten, verfügten 97 Prozent aller Haushalte in der höchsten Einkommensklasse von 5.000 bis unter 18.000 Euro über einen PC und immerhin 92 Prozent über einen Internetzugang. Bezogen auf die Altersgruppen der Haupteinkommensbezieher zeigt sich, dass sowohl beim PC als auch beim Internetzugang die höchsten Ausstattungsgrade in der Altersgruppe der 35 bis unter 45-Jährigen liegen (92 bzw. 83 Prozent).

Anfang 2008 verfügten 94 Prozent aller privaten Haushalte über einen oder mehrere Fernseher. Dabei entfielen auf 100 Haushalte durchschnittlich 147 Fernseher (58 Mio. Geräte insgesamt). In 16 Prozent aller Haushalte befand sich mindestens ein LCD- oder Plasmafernseher (7 Mio. Geräte).

## ■ ■ **Ausstattung mit Gebrauchsgütern**

Weiter besaßen 85 Prozent der Haushalte einen Fotoapparat. Der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten lag mit 58 Prozent nur wenig unter dem mit analogen Geräten (61 Prozent). 37 Prozent der Haushalte verfügten über einen oder mehrere MP3-Player und 19 Prozent über eine Spielkonsole.

77 Prozent der privaten Haushalte besaßen Anfang 2008 mindestens einen Pkw. In Ostdeutschland lag der Anteil bei 73 Prozent, in Westdeutschland bei 78 Prozent. Die meisten der rund 40 Millionen Pkw in Privathaushalten sind Gebrauchtwagen (25 Millionen), gefolgt von neu gekauften Pkw (14 Millionen) und 2 Millionen geleasteten Pkw. Während in 100 Haushalten der untersten Einkommensklasse 38 Pkw zu finden waren, besaßen die Haushalte der höchsten Einkommensklasse mit 190 Pkw genau fünfmal so viele Autos.

Jeder neunte Haushalt (12 Prozent) besaß Anfang 2008 ein motorisiertes Zweirad. Haushalte deren Haupteinkommensbezieher als Arbeiter tätig sind, waren mit einem Ausstattungsgrad von 22 Prozent am besten mit Krafträdern ausgestattet.

Der Kühlschrank gehört zu den „traditionellen“ elektrischen Haushaltsgeräten und steht in 99 Prozent aller Haushalte. Gleichzeitig waren in etwas mehr als der Hälfte aller Haushalte Gefrierschränke bzw. -truhen zu finden (52 Prozent). Anfang 2008 fanden sich in 63 Prozent aller Haushalte Geschirrspülmaschinen und in 70 Prozent aller Haushalte Mikrowellengeräte. Über einen Wäschetrockner verfügten 39 Prozent aller Haushalte.

Anfang 2008 standen in 28 Prozent aller Haushalte ein oder mehrere Hometrainer. Interessanterweise – und im Gegensatz zu vielen anderen Ausstattungsgütern – sind die Haushalte mit Kind(ern) weniger häufig mit Hometrainern ausgestattet, als kinderlose Haushalte. In der untersten Einkommensklasse (unter 900 Euro) verfügten lediglich 14 Prozent der Haushalte über Hometrainer, in der höchsten Einkommensklasse (von 5.000 bis unter 18.000 Euro) war es fast die Hälfte (46 Prozent).

### ■ **Datenquelle**

Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Der Ausstattungsgrad privater Haushalte gibt an, wie hoch der Anteil der Haushalte, die über ein bestimmtes Gebrauchsgut verfügen, an allen Haushalten ist.

■

## ■ Ausstattung mit Gebrauchsgütern

Ausstattungsgrad\* privater Haushalte nach ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern in Prozent, 01.01.2008

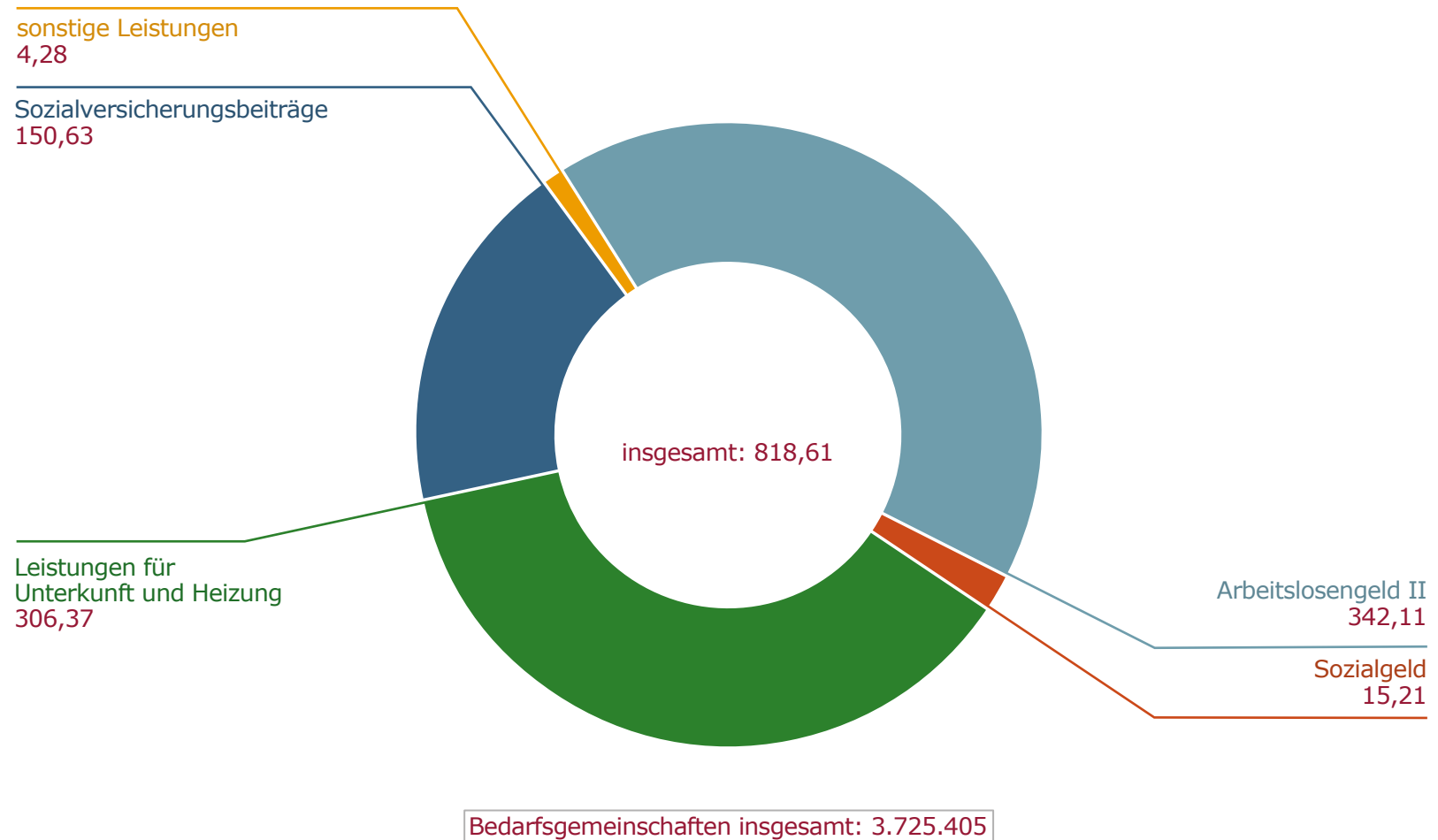
<b>Fernseher</b>	94,1
<b>dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)</b>	15,7
<b>Mobiltelefon (Handy, Autotelefon)</b>	86,3
<b>Personenkraftwagen</b>	77,1
<b>Personalcomputer (PC)</b>	75,4
<b>Internetzugang, -anschluss</b>	64,4
<b>Geschirrspülmaschine</b>	62,5
<b>Digitalkamera</b>	58,3
<b>Sportgerät (Hometrainer)</b>	27,5
<b>Navigationssystem</b>	20,7
<b>Spielkonsole</b>	19,4
<b>Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)</b>	11,6

\* Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende Gebrauchsgüter vorhanden sind

Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen

## ■ ■ Grundsicherung (SGB II)

Durchschnittliche Geldleistungen je Bedarfsgemeinschaft (BG) pro Monat, in Euro, 2007



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Analytikreport der Statistik 07/2008  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
Bundeszentrale für politische Bildung, 2008

## ■ ■ Grundsicherung (SGB II)

### ■ Fakten

Seit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Jahr 2005 haben alle bedürftigen Erwerbsfähigen und ihre Angehörigen Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (Grundsicherung für Arbeitsuchende). Dabei erhalten alle erwerbsfähigen Personen, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können, gesundheitlich aber in der Lage sind, drei Stunden am Tag zu arbeiten, Arbeitslosengeld II (Alg II). Nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) haben. Liegt Hilfebedürftigkeit vor, können auch Erwerbstätige Alg II bzw. ihre Angehörigen Sozialgeld beziehen – zu geringe Einkommen werden aufgestockt. Ebenso erhalten Personen Alg II, die zwar erwerbsfähig und hilfebedürftig sind, aber nicht in die Vermittlungsbemühungen der Grundsicherungsstellen mit einbezogen werden (zum Beispiel Schüler sowie Personen, die ihre Angehörigen pflegen oder Kinder unter drei Jahren betreuen).

Erwerbsfähige Hilfebedürftige und ihre Angehörigen erhalten so genannte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Dazu gehört die so genannte Regelleistung, die die Bedarfe des täglichen Lebens abdecken sowie Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll. Dabei erhalten Alleinstehende, Alleinerziehende und Volljährige mit minderjährigem Partner 100 Prozent der Regelleistung – seit dem 01.07.2008 sind das 351 Euro – und Partner, wenn beide volljährig sind, jeweils 90 Prozent (316 Euro). Kinder erhalten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 Prozent (211 Euro), Kinder im 15. Lebensjahr sowie die sonstigen erwerbsfähigen

higen Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft 80 Prozent der Regelleistung. Weiter werden – soweit diese angemessen sind – Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Sonstige Leistungen sind zum Beispiel Mehrbedarfsleistungen für Schwangere, Alleinerziehende, erwerbsfähige Behinderte sowie Erstausrüstung für Wohnung, Bekleidung, bei Schwangerschaft und Geburt oder Geld für mehrtägige Klassenfahrten. Schließlich werden noch in verschiedener Form Sozialversicherungsbeiträge gezahlt.

Die Gesamtzahl der Leistungsempfänger lag im Jahresdurchschnitt 2007 bei 7,24 Millionen. Davon waren 5,28 Millionen erwerbsfähige Hilfebedürftige (72,9 Prozent) und 1,96 Millionen nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (27,1 Prozent). 66,2 Prozent aller Leistungsempfänger entfielen auf Westdeutschland, 33,8 Prozent auf Ostdeutschland. Unter den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren 49,3 Prozent männlich, 81,4 Prozent deutsch und 12,5 Prozent alleinerziehend. Von den nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren 50,6 Prozent männlich und 84,0 Prozent deutsch. 96,5 Prozent der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren Kinder unter 15 Jahre – das waren 1,89 Millionen Menschen und damit 26,2 Prozent aller Leistungsempfänger.

Im Jahr 2007 lebten die insgesamt 7,24 Millionen Leistungsempfänger in 3,73 Millionen Bedarfsgemeinschaften. In mehr als der Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften (52,1 Prozent) lebte nur eine Person, in zwei Dritteln nur ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger (66,9 Prozent). Bei knapp einem Drittel (31,4 Prozent) lebte mindestens ein Kind in der Bedarfsgemeinschaft. Im Dezember 2007 gab es knapp 405.000 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter drei Jahren und mehr als



## ■ Grundsicherung (SGB II)

726.000 mit Kindern unter sieben Jahren. Das waren etwa 11 bzw. 19,5 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften.

Im Jahr 2007 lagen die Leistungsansprüche der Bedarfsgemeinschaften bei mehr als 36.597 Millionen Euro. Dabei erhielt jede Bedarfsgemeinschaft durchschnittlich 818,61 Euro pro Monat. Davon entfielen im Durchschnitt 342,11 Euro auf Alg II, 15,21 Euro auf Sozialgeld, 306,37 Euro auf Leistungen für Unterkunft und Heizung, 150,63 Euro auf Sozialversicherungsbeiträge und 4,28 Euro auf sonstige Leistungen.

### ■ Datenquelle

Bundesagentur für Arbeit (BA): Analytikreport der Statistik 07/2008, Arbeitsstatistik 2006/2007

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Unter dem Begriff „Grundsicherung“ werden hier nur Leistungen nach dem SGB II verstanden. Die Sozialhilfe (SGB XII) – inklusive der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – bleibt an dieser Stelle unbehandelt.

## ■ ■ Grundsicherung (SGB II)

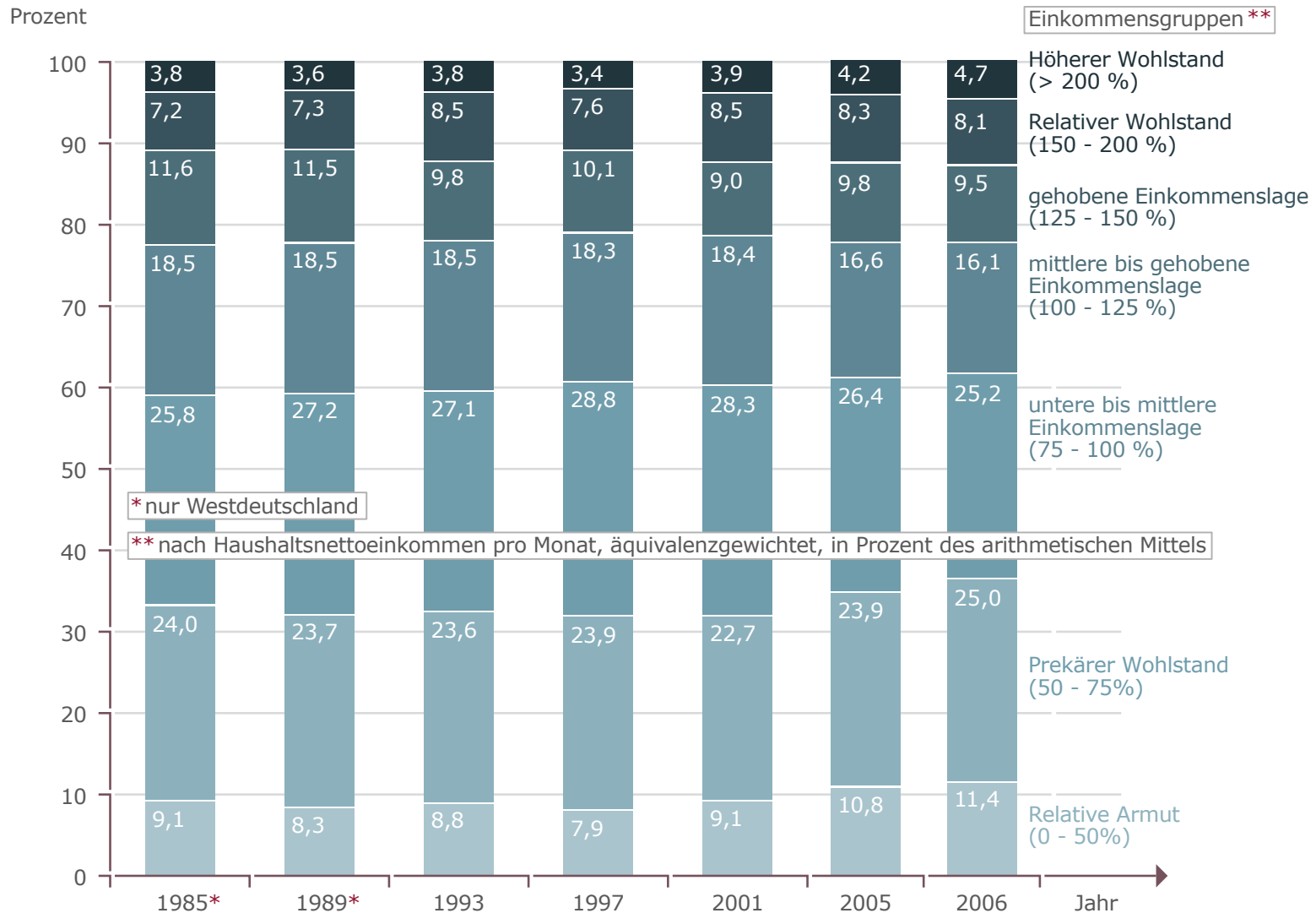
Durchschnittliche Geldleistungen je Bedarfsgemeinschaft (BG) pro Monat, in Euro, 2007

<b>insgesamt</b>	818,61
<b>Nettoleistungen*</b>	660,76
	<b>Arbeitslosengeld II</b>
<b>insgesamt je BG</b>	342,11
<b>Regelleistung je BG</b>	316,57
<b>Regelleistung je BG mit Leistung</b>	349,88
<b>Zuschlag je BG mit Leistung</b>	103,48
	<b>Sozialgeld</b>
<b>insgesamt je BG</b>	15,21
<b>Regelleistung je BG</b>	15,03
<b>Regelleistung je BG mit Leistung</b>	93,43
	<b>Leistungen für Unterkunft und Heizung</b>
<b>insgesamt je BG</b>	306,37
<b>laufende Leistung je BG</b>	303,43
<b>laufende Leistung je BG mit Leistung</b>	317,08
	<b>Sozialversicherungsbeiträge</b>
<b>insgesamt je BG</b>	150,63
	<b>sonstige Leistungen</b>
<b>insgesamt je BG</b>	4,28

\* Nettoleistungen umfassen Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und laufende Leistungen für Unterkunft und Heizung, nicht enthalten sind sozialversicherungspflichtige Beiträge und sonstige Leistungen.

## Relative Einkommensposition

Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Einkommensgruppen in Prozent, 1985 bis 2006





## ■ Relative Einkommensposition

### ■ Fakten

Durch die Betrachtung der Einkommensschichtung können Aussagen darüber gemacht werden, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Bei der Einkommensschichtung wird das Einkommen jeder einzelnen Person in Beziehung zum Durchschnittseinkommen (arithmetisches Mittel) gesetzt. Bei der Berechnung der einzelnen Einkommen werden die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen und die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben entstehen, berücksichtigt. Dieses gewichtete Einkommen wird auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet.

Wenn das Einkommen einer Person beispielsweise bei 175 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens liegt (2006: 1.437 Euro), fällt diese Person in die Einkommensgruppe „Relativer Wohlstand“ (alle Einkommen zwischen mehr als 150 und 200 Prozent des arithmetischen Mittels). Als relativ arm gilt hier eine Person, deren gewichtetes Einkommen bei maximal 50 Prozent des arithmetischen Mittels liegt.

Von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hat sich der Anteil der Bevölkerung in der untersten und der in der obersten Einkommensgruppe verringert. Anders formuliert waren die Einkommen in Deutschland 1997 weniger ungleich verteilt als 1993. Auch die Einkommensverteilung in Westdeutschland in den Jahren 1985 und 1989 war ungleicher als 1997 in Deutschland.

Allerdings hat sich diese Entwicklung in den Folgejahren umgekehrt. Zwischen 1997 und 2006 erhöhte sich der Bevölkerungsanteil in der

untersten Einkommensgruppe (Personen mit einem Einkommen von maximal 50 Prozent des arithmetischen Mittels) von 7,9 auf 11,4 Prozent. Parallel stieg der Bevölkerungsanteil in der obersten Einkommensgruppe (Personen mit einem gewichteten Einkommen von mehr als 200 Prozent des arithmetischen Mittels) von 3,4 auf 4,7 Prozent. Der Bevölkerungsumfang im mittleren Einkommensbereich ist nach einer kurzfristigen Zunahme gegen Ende der 1990er Jahre auf das langjährig weitgehend stabile Niveau zurückgegangen, um dann allerdings deutlich zu fallen.

Hier scheint sich das anzudeuten, was unter dem Begriff der schrumpfenden Mittelschicht diskutiert wird: Während die Bevölkerungsanteile am unteren und am oberen Ende der Einkommensschichtung – zumindest bei einem Vergleich der Jahre 1997 und 2006 – zunehmen, gehen die entsprechenden Anteile in den mittleren Schichten zurück.

Nach Angaben des SOEP lebten im Jahr 2006 13,9 Prozent der Bevölkerung in Deutschland in Armut (Personen in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Median). Insgesamt 36,4 Prozent lebten im Niedrigeinkommensbereich (Personen in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 75 Prozent des Median). Sowohl die Armuts- als auch die Niedrigeinkommensquote erreichten 2006 einen der höchsten Werte der letzten beiden Jahrzehnte. Zugleich haben sich die Einkommen der Armen immer weiter von der 60-Prozent-Armutsschwelle entfernt – die Intensität der Armut hat sich also erhöht.

## ■ ■ Relative Einkommensposition

### ■ Datenquelle

SOEP 1991 bis 2006

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Um die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen und die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben entstehen, zu berücksichtigen, werden die Haushaltseinkommen gewichtet (Äquivalenzeinkommen).

Zur Ermittlung des Nettoäquivalenzeinkommens wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen zusammengefasst. Anschließend wird das verfügbare Einkommen gewichtet bzw. das Äquivalenzeinkommen ermittelt. Dazu wird das verfügbare Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung eines Gewichtungsschlüssels (Äquivalenzskala) geteilt. Die Äquivalenzskala weist dabei der ersten erwachsenen Person stets das Gewicht 1 zu. Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

Ein Beispiel: Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren hat nach der Äquivalenzskala das Gesamtgewicht 2,1 (1 plus 0,5 plus 0,3 plus 0,3). Zu Berechnung des Äquivalenzeinkommens muss das verfügbare Haushaltseinkommen demnach durch 2,1 – und nicht durch die Anzahl der Personen – geteilt werden. Bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von beispielsweise 2.100 Euro hat jedes der vier Haushaltsmitglieder ein Äquivalenzeinkommen von 1.000 Euro.

Zur Berechnung des Durchschnittseinkommens (arithmetisches Mittel) wird hier die Summe aller gewichteten Einkommen durch die Anzahl aller gewichteten Einkommen geteilt.

Zur Berechnung des Median (Zentralwert) werden hier alle Personen ihrem gewichteten Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat ein höheres, die andere ein niedrigeres gewichtetes Einkommen.

## ■ Relative Einkommensposition

Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Einkommensgruppen in Prozent, 1985 bis 2006

Einkommensgruppen**	1985*	1989*	1993	1997	2001	2005	2006
	Anteile der Bevölkerung, in Prozent						
Höherer Wohlstand (> 200 %)	3,8	3,6	3,8	3,4	3,9	4,2	4,7
Relativer Wohlstand (150 - 200 %)	7,2	7,3	8,5	7,6	8,5	8,3	8,1
gehobene Einkommenslage (125 - 150 %)	11,6	11,5	9,8	10,1	9,0	9,8	9,5
mittlere bis gehobene Einkommenslage (100 - 125 %)	18,5	18,5	18,5	18,3	18,4	16,6	16,1
untere bis mittlere Einkommenslage (75 - 100 %)	25,8	27,2	27,1	28,8	28,3	26,4	25,2
Prekärer Wohlstand (50 - 75%)	24,0	23,7	23,6	23,9	22,7	23,9	25,0
Relative Armut (0 - 50%)	9,1	8,3	8,8	7,9	9,1	10,8	11,4

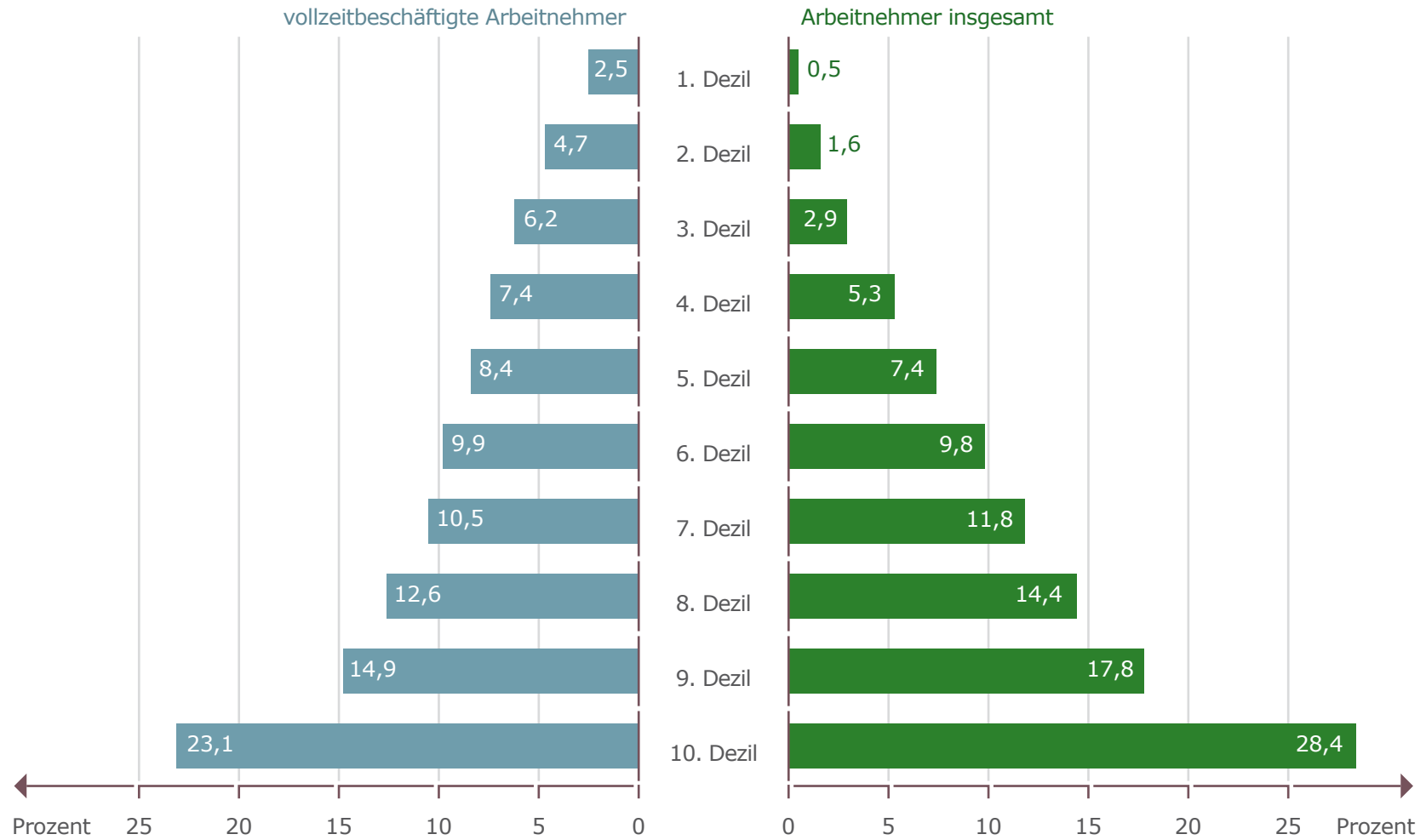
\* nur Westdeutschland

\*\* nach Haushaltsnettoeinkommen pro Monat, äquivalenzgewichtet, in Prozent des arithmetischen Mittels

Quelle: SOEP 1991 bis 2006

## ■ Einkommensverteilung

Anteile am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nach Dezilen, in Prozent, 2005



Quelle: SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2008



# ■ Einkommensverteilung

## ■ Fakten

Grundlage der Einkommensverteilung sind zunächst die Markteinkommen (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit, aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen), die im Wirtschaftsprozess erzielt werden. Mit rund zwei Dritteln machen die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit den größten Anteil aus. Nach Angaben des SOEP gingen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer real – also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung – zwischen 2002 und 2005 durchschnittlich um 4,8 Prozent zurück. Bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern reduzierte sich das entsprechende Einkommen um lediglich 1,7 Prozent.

Sowohl bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern als auch bei den Arbeitnehmern insgesamt erhöhte sich zwischen 2002 und 2005 die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen. So zeigt eine Betrachtung der Anteile am Bruttoeinkommen nach Dezilen, dass die Anteile der unteren drei Dezile zwischen 2002 und 2005 zurückgingen (minus 5,0 bzw. 16,7 Prozent), während die der oberen drei Dezile zulegten (plus 1,4 bzw. 2,5 Prozent). Im Jahr 2005 verfügten bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern die 10 Prozent der Arbeitnehmer mit den niedrigsten Bruttoeinkommen (1. Dezil) über einen Einkommensanteil von 2,5 Prozent. Die 10 Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer mit den höchsten Einkommen (10. Dezil) hatten hingegen einen Einkommensanteil von 23,1 Prozent – der Einkommensanteil war damit höher als der Anteil der unteren vier Dezile zusammen (20,8 Prozent). Bei den Arbeitnehmern insgesamt fällt die Spreizung der Einkommensverteilung noch stärker aus: Hier hatten die 10 Prozent der Arbeitnehmer mit den höchsten Bruttoeinkommen (10. De-

zil) mit 28,4 Prozent einen größeren Anteil am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit als die unteren 60 Prozent der Arbeitnehmer mit 27,5 Prozent (1. bis einschließlich 6. Dezil).

Parallel zur zunehmenden Ungleichheit in den Jahren 2002 bis 2005 stieg auch bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern die Niedrigeinkommensquote – hier berechnet als der Anteil der Personen, die weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttoeinkommens verdienten – von 8,8 auf 9,3 Prozent. Im Jahr 2005 lag die Niedrigeinkommensquote in Westdeutschland mit 6,8 Prozent deutlich unter derjenigen in Ostdeutschland mit 19,4 Prozent. Bei den Arbeitnehmern insgesamt lag die Niedrigeinkommensquote im selben Jahr bei 36,4 Prozent (2002: 35,5 Prozent). Anfang der 1990er Jahre zählte dagegen nur etwas mehr als ein Viertel aller Beschäftigten zum Niedriglohnbereich.

Allerdings ist dabei die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nicht ausschließlich Ausdruck der Lohnfindung, sondern auch von veränderten Erwerbsmustern wie insbesondere rückläufigen durchschnittlichen Arbeitszeiten und zunehmender Teilzeitbeschäftigung. Weiter ist bei der Entwicklung der Einkommensverteilung zu berücksichtigen, dass der hier betrachtete Zeitraum von einer schwachen Konjunktur und der damit einhergehenden schlechteren Arbeitsmarktsituation bis einschließlich 2005 geprägt ist. Seit 2006 sind ein konjunktureller Aufschwung, dementsprechend positive Beschäftigungseffekte sowie steigende Bruttolöhne und -gehälter zu verzeichnen. Noch liegen keine Zahlen darüber vor, wie sich diese Entwicklung auf die Einkommensverteilung ausgewirkt hat.

# ■ ■ Einkommensverteilung

## ■ Datenquelle

SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS):  
Lebenslagen in Deutschland

## ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Für die Berechnung der Anteile am Bruttoeinkommen nach Dezilen werden zunächst alle Einkommen aufsteigend nach der Höhe sortiert. Dann wird die Verteilung in 10 gleich große Teile (Dezile) zerlegt und für jedes Dezil die Summe der Einkommen berechnet. Anschließend wird der Einkommensanteil der einzelnen Dezile an allen Einkommen berechnet.

Die Niedrigeinkommensquote gibt an, wie hoch der Anteil der Personen mit niedrigem Einkommen an einer Gesamtgruppe ist. Als Personen mit niedrigem Einkommen gelten hier die Personen, die weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Beschäftigung verdienen.

Um das mittlere Bruttoeinkommen zu berechnen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden alle Personen ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Einkommensbezieher in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat ein höheres, die andere ein niedrigeres Bruttoeinkommen. Zwei Drittel dieses Medianwertes stellen die Niedrigeinkommensgrenze dar.

## ■ Einkommensverteilung

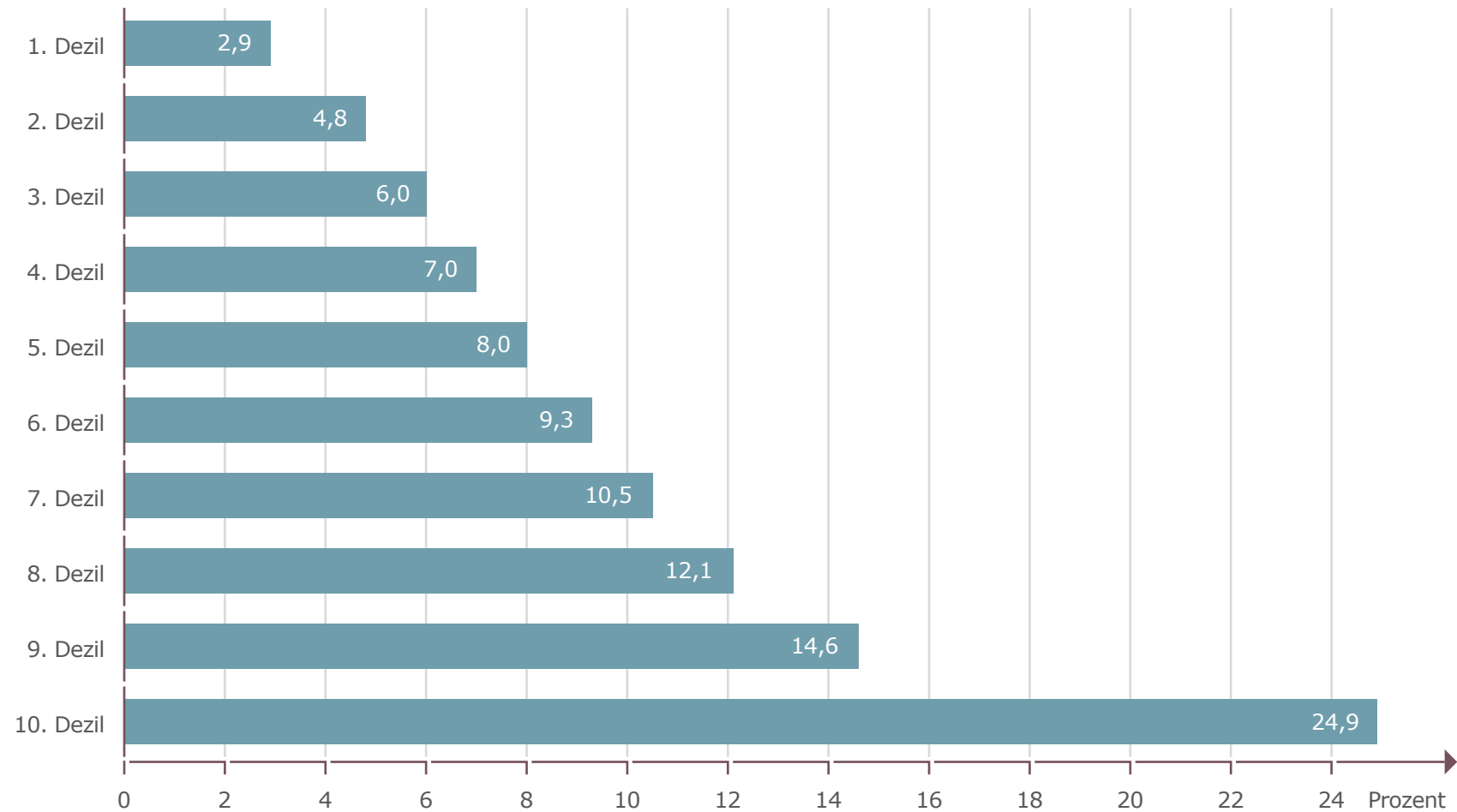
Anteile am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nach Dezilen, in Prozent, 2005

	<b>vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</b>	<b>Arbeitnehmer insgesamt</b>
<b>1. Dezil</b>	2,5	0,5
<b>2. Dezil</b>	4,7	1,6
<b>3. Dezil</b>	6,2	2,9
<b>4. Dezil</b>	7,4	5,3
<b>5. Dezil</b>	8,4	7,4
<b>6. Dezil</b>	9,9	9,8
<b>7. Dezil</b>	10,5	11,8
<b>8. Dezil</b>	12,6	14,4
<b>9. Dezil</b>	14,9	17,8
<b>10. Dezil</b>	23,1	28,4

Quelle: SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland

## ■ Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung

Anteile am Einkommensvolumen nach Dezilen, in Prozent, 2005



Quelle: SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
Bundeszentrale für politische Bildung, 2008



# ■ Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung

## ■ Fakten

Nach Angaben des SOEP sanken die Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte real – also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung – zwischen 2002 und 2005 durchschnittlich um 2,5 Prozent. Dabei war der Rückgang in Ostdeutschland (minus 3,9 Prozent) ausgeprägter als in Westdeutschland (minus 2,4 Prozent). Auch die Spreizung der Einkommen hat zugenommen. So verringerte sich der Anteil der unteren Hälfte der Einkommensbezieher (1. bis 5. Dezil) am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen von 2002 bis 2005 von 30,4 auf 28,7 Prozent. Während sich dabei zwischen 2002 und 2004 die Anteile der unteren fünf Dezile nur leicht veränderten, sanken sie zwischen 2004 und 2005 bei der gesamten unteren Hälfte der Einkommensbezieher. Für das sechste bis neunte Dezil ist zwischen 2002 und 2005 keine wesentliche Veränderung erkennbar. Bei den 10 Prozent der Einkommensbezieher mit den höchsten Einkommen (10. Dezil) veränderte sich der Anteil am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen zwischen 2002 und 2004 nur leicht; von 2004 auf 2005 weitete er sich allerdings um 1,6 Prozentpunkte aus.

Im Jahr 2005 hatten die 10 Prozent der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Einkommen (1. Dezil) einen Anteil von lediglich 2,9 Prozent am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen. Bei den 10 Prozent mit den höchsten Einkommen (10. Dezil) lag der entsprechende Wert bei 24,9 Prozent – der Anteil war damit deutlich höher als derjenige der unteren vier Dezile zusammen (20,7 Prozent).

Ab wann eine Person oder ein Haushalt aufgrund des Einkommens als reich gelten soll, ist nach wie vor Gegenstand reger Diskussionen. Am gebräuchlichsten ist in der Wissenschaft die Einkommensgrenze

von 200 Prozent des mittleren (Median) Nettoäquivalenzeinkommens. Im Jahr 2005 lagen nach Angaben der amtlichen Statistik 6 Prozent aller Personen auf oder über dieser Grenze. Beim SOEP – das auch selbstgenutztes Wohneigentum berücksichtigt – war der entsprechende Anteil mit 9 Prozent deutlich höher. Ergebnisse zur Einkommensverteilung späterer Jahre liegen voraussichtlich erst Mitte 2010 vor.

## ■ Datenquelle

SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS):  
Lebenslagen in Deutschland

## ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Für die Berechnung der Anteile am Einkommensvolumen nach Dezilen werden zunächst alle Einkommen aufsteigend nach der Höhe sortiert. Dann wird die Verteilung in 10 gleich große Teile (Dezile) zerlegt und für jedes Dezil die Summe der Einkommen berechnet. Anschließend wird der Einkommensanteil der einzelnen Dezile an allen Einkommen berechnet.

Um die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen und die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben entstehen, zu berücksichtigen, werden die Haushaltseinkommen gewichtet (Äquivalenzeinkommen).

Zur Ermittlung des Nettoäquivalenzeinkommens wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen zusammengefasst. Dieses setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie emp-

## ■ **Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung**

fangenen laufenden Transfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialgeld oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen.

Anschließend wird das verfügbare Einkommen gewichtet bzw. das Äquivalenzeinkommen ermittelt. Dazu wird das verfügbare Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung eines Gewichtungsschlüssels (Äquivalenzskala) geteilt. Die Äquivalenzskala weist dabei der ersten erwachsenen Person stets das Gewicht 1 zu. Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

Ein Beispiel: Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren hat nach der Äquivalenzskala das Gesamtgewicht 2,1 (1 plus 0,5 plus 0,3 plus 0,3). Zu Berechnung des Äquivalenzeinkommens muss das verfügbare Haushaltseinkommen demnach durch 2,1 – und nicht durch die Anzahl der Personen – geteilt werden. Bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von beispielsweise 2.100 Euro hat jedes der vier Haushaltsmitglieder ein Äquivalenzeinkommen von 1.000 Euro.

Zur Berechnung des Median (Zentralwert) werden hier alle Personen ihrem gewichteten Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat ein höheres, die andere ein niedrigeres gewichtetes Einkommen. 200 Prozent dieses Medianwertes stellen die Einkommensreichungsgrenze dar.

## ■ Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung

Nach Dezilen, in Prozent, 2002 bis 2005\*

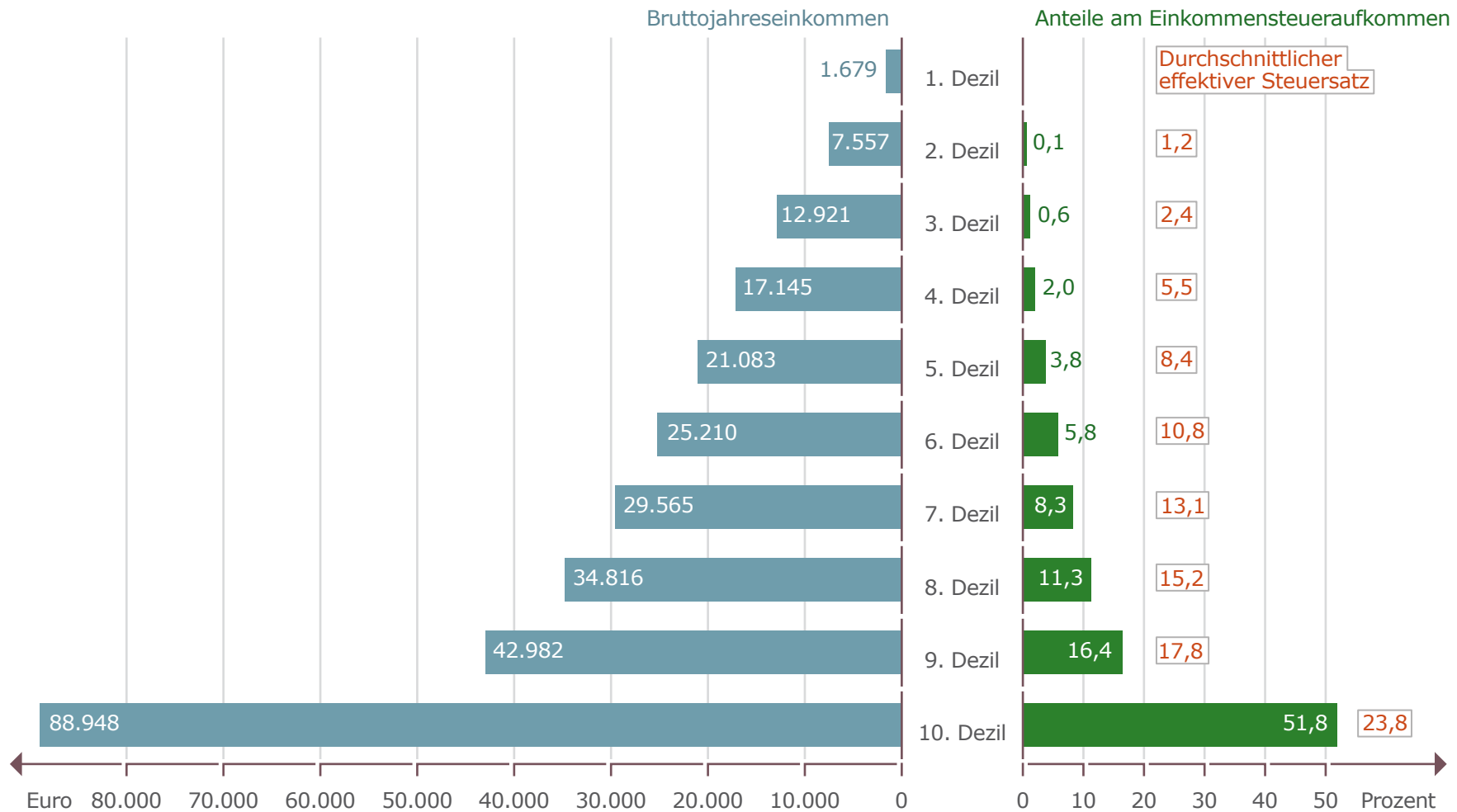
	2002	2003	2004	2005
<b>Arithmetisches Mittel</b>	19.255	18.971	18.744	18.778
<b>Median</b>	16.790	16.728	16.456	16.242
<b>Gini-Koeffizient</b>	0,292	0,292	0,298	0,316
	<b>Anteile am Einkommensvolumen nach Dezilen, in Prozent</b>			
<b>1. Dezil</b>	3,2	3,2	3,1	2,9
<b>2. Dezil</b>	5,2	5,2	5,0	4,8
<b>3. Dezil</b>	6,3	6,3	6,2	6,0
<b>4. Dezil</b>	7,3	7,3	7,3	7,0
<b>5. Dezil</b>	8,4	8,3	8,3	8,0
<b>6. Dezil</b>	9,2	9,4	9,3	9,3
<b>7. Dezil</b>	10,5	10,6	10,6	10,5
<b>8. Dezil</b>	12,1	12,1	12,2	12,1
<b>9. Dezil</b>	14,5	14,6	14,8	14,6
<b>10. Dezil</b>	23,3	23,1	23,3	24,9

\* Einkommen in Preisen von 2000, Äquivalenzgewichtung auf Basis der neuen OECD-Skala.

Quelle: SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland

# ■ Einkommensteueranteile

Einkommen und Anteile am Einkommensteueraufkommen nach Dezilen, hochgerechnet auf das Jahr 2007



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland; Simulationsrechnungen RWI und FiFo 2008  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2008



## ■ Einkommensteueranteile

### ■ Fakten

Die tatsächliche steuerliche Belastung des Bruttoeinkommens wird als effektiver Steuersatz bezeichnet. Durch die so genannte Steuerprogression steigt die effektive Steuerbelastung mit steigendem Bruttoeinkommen. Nach Simulationsrechnungen führte das reichste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen (10. Dezil) im Durchschnitt 23,8 Prozent des Bruttoeinkommens an Einkommensteuer ab. Im Jahr 2007 hatten damit die obersten 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen einen Anteil von 51,8 Prozent am gesamten Einkommensteueraufkommen. Bei den untersten 50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen (1. bis einschließlich 5. Dezil) lag der entsprechende Anteil bei lediglich 6,5 Prozent.

Laut einer aktuellen Studie des DIW zahlten die 450 Deutschen mit dem höchsten Einkommen im Jahr 2002 durchschnittlich 34,3 Prozent Einkommensteuer. Bei den obersten ein Prozent waren es 32,4 Prozent. Beide Werte liegen deutlich unter dem reinen Steuertarif. Ursache hierfür ist die große Lücke zwischen Bruttoeinkommen und zu versteuerndem Einkommen, die durch Steuerbefreiungen, Freibeträge, Abzugsbeträge oder andere Steuervergünstigungen entsteht.

Trotz der Gestaltungs- und Steuervermeidungsmöglichkeiten tragen die Einkommensbezieher mit den höchsten Einkommen einen Großteil der Steuerlast: Nach Angaben des BMF gab es 2003 mehr als 804.000 Einkommensteuerpflichtige, die mit dem Einkommensteuerhöchstsatz besteuert wurden. Das waren 2,97 Prozent aller unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen. Diese knapp 3 Prozent bezogen 17,2 Prozent aller zu versteuernder Einkommen; ihr Anteil am Einkommensteueraufkommen lag mit 29,6 Prozent nochmals höher. Im sel-

ben Jahr hatten 28.077 Steuerpflichtige Einkünfte von 0,5 Millionen Euro oder mehr (1961: 1.641 Steuerpflichtige). Sie stellten 0,10 Prozent der Steuerpflichtigen, sie bezogen 3,95 Prozent aller Einkünfte und ihr Anteil am Einkommensteueraufkommen lag bei 7,94 Prozent. Der progressiv ausgestaltete Einkommensteuertarif dämpft also die Ungleichheit der Bruttoeinkommen. Allerdings sank laut DIW die effektive Steuerbelastung der Spitzenverdiener in den Jahren 1992 bis 2002 um 10 Prozentpunkte; für den Durchschnittsbürger blieb sie dagegen unverändert.

### ■ Datenquelle

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland; Simulationsrechnungen RWI und FiFo 2008; Bundesministerium der Finanzen (BMF): Datensammlung zur Steuerpolitik; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Pressemitteilung

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Für die Berechnung der Anteile am Einkommensteueraufkommen nach Dezilen werden zunächst alle Einkommensteuerleistungen der Einkommensteuerpflichtigen aufsteigend nach der Höhe sortiert. Dann wird die Verteilung in 10 gleich große Teile (Dezile) zerlegt und für jedes Dezil die Summe der Einkommensteuerleistungen berechnet. Anschließend wird der Anteil der Einkommensteuerleistung der einzelnen Dezile am gesamten Einkommensteueraufkommen berechnet.

Der effektive Steuersatz entspricht der tatsächlichen steuerlichen Belastung des Bruttoeinkommens. Der Durchschnittssteuersatz entspricht der steuerlichen Belastung des zu versteuernden Einkom-



## ■ **Einkommensteueranteile**

mens. Im Zusammenhang mit der Einkommensteuer gibt der Grenzsteuersatz an, mit welchem Steuersatz der nächste verdiente Euro besteuert wird.

## ■ Einkommensteueranteile

Nach Dezilen, hochgerechnet auf das Jahr 2007\*

	Bruttojahreseinkommen, in Euro	Durchschnittlicher effektiver Steuersatz, in Prozent	Anteile am Einkommensteueraufkommen, in Prozent
<b>1. Dezil</b>	1.679	–	–
<b>2. Dezil</b>	7.557	1,2	0,1
<b>3. Dezil</b>	12.921	2,4	0,6
<b>4. Dezil</b>	17.145	5,5	2,0
<b>5. Dezil</b>	21.083	8,4	3,8
<b>6. Dezil</b>	25.210	10,8	5,8
<b>7. Dezil</b>	29.565	13,1	8,3
<b>8. Dezil</b>	34.816	15,2	11,3
<b>9. Dezil</b>	42.982	17,8	16,4
<b>10. Dezil</b>	88.948	23,8	51,8

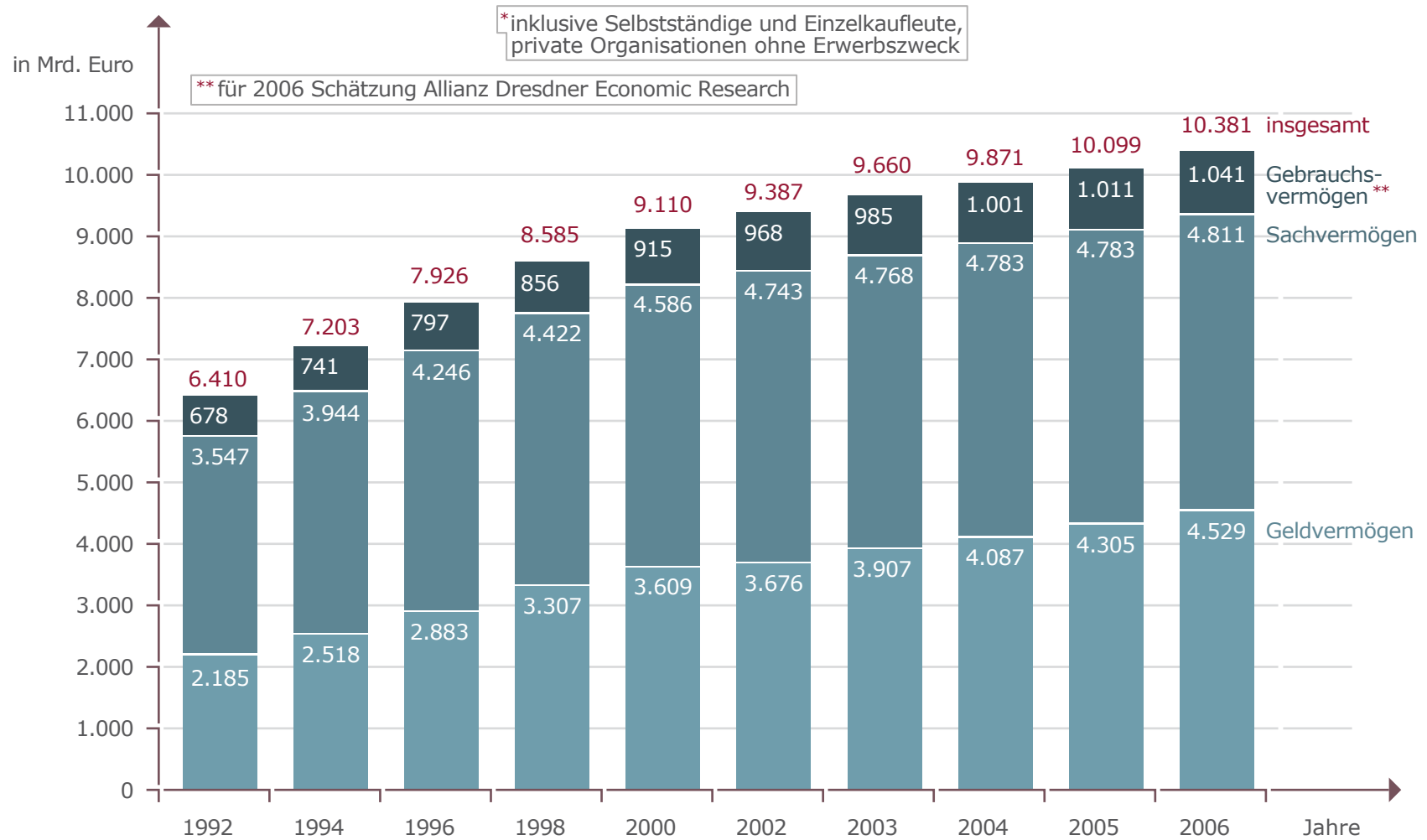
\* Zur Einteilung der Dezile werden die Haushaltsbruttoeinkommen aus den Stichprobendaten der Einkommensteuerstatistik aus 2001 (FAST2001) berechnet. Dabei ist zum einen zu beachten, dass in den Daten nur diejenigen Steuerpflichtigen erfasst sind, die eine Steuererklärung abgegeben haben. Insbesondere in den unteren Dezilen wird deshalb nur ein Ausschnitt der Bevölkerung erfasst. Zum anderen sind in dem hier berechneten Bruttoeinkommen nur solche Einkünfte enthalten, die in der Einkommensteuerstatistik vorliegen. Das bedeutet, dass z. B. Kapitaleinkünfte unterhalb des Sparerfreibetrags nicht erfasst werden. Genauso wenig sind Angaben über Einkünfte, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen, systematisch zu ermitteln. Die Stichprobendaten geben lediglich Auskunft über die Höhe des sich aus dem Progressionsvorbehalt ergebenden Steuersatzes und das diesem Steuersatz unterliegende zu versteuernde Einkommen.

Die zugrunde liegenden Daten geben den Stand des Jahres 2001 wieder und wurden erstmals im Jahr 2007 vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. Unter Berücksichtigung der Veränderungen der Bevölkerungs- und Einnahmenstruktur sowie der Änderungen im Steuerrecht sind sie auf das Jahr 2007 hochgerechnet worden. Aus diesen Gründen weichen die Ergebnisse leicht von den vom BMF für das Jahr 2007 veröffentlichten Werten ab. Danach beträgt der Beitrag der obersten 10% der Einkommensteuerpflichtigen zum Steueraufkommen 53% (BMF: Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2007).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland; Simulationsrechnungen RWI und FiFo 2008

## Vermögensentwicklung

Vermögen der privaten Haushalte\* in absoluten Zahlen, Bruttowerte, Jahresendstände, 1992 bis 2006



Quelle: Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2007



# ■ ■ Vermögensentwicklung

## ■ Fakten

In Deutschland hatten die privaten Haushalte bis zum Jahr 2006 ein Bruttovermögen von insgesamt 10,4 Billionen Euro aufgebaut. Davon entfielen 46,3 Prozent auf Immobilien und 43,6 Prozent auf Geldvermögen. Das Gebrauchsvermögen – Schmuck, Antiquitäten, Kunstgegenstände und ähnliches – hatte einen Anteil von 10,0 Prozent am Gesamtvermögen. In der Vergangenheit fand eine stetige Anteilsverschiebung zugunsten des Geldvermögens statt. Noch 1992 lag der Anteil des Immobilienvermögens bei gut 55 Prozent und der Anteil des Geldvermögens bei lediglich rund 34 Prozent. Während sich das Geldvermögen zwischen 1992 und 2006 mehr als verdoppelte (plus 107,3 Prozent), wuchsen das Sach- und das Gebrauchsvermögen mit 35,6 und 53,5 Prozent deutlich langsamer. Der Börsencrash im Jahr 2002, der einmalig zu einem Geldvermögensrückgang führte, hat diesen Trend nur kurz unterbrochen.

Der dynamische Aufbau des Geldvermögens seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland resultierte lange Zeit aus einem deutlichen Anstieg der Sparquote (Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen). Sie stieg von 3,2 Prozent im Jahr 1950 – über 8,8 Prozent 1960 – auf 12,1 im Jahr 1965. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den 1970er Jahren. Die Sparquote bzw. das Sparvolumen war bis Anfang der neunziger Jahre der bestimmende Faktor für den Vermögensanstieg. Erst danach gewannen auch Kursgewinne an Bedeutung für den Vermögensaufbau. Nach einem Tiefpunkt im Jahr 2000 (9,2 Prozent) und anschließender Zunahme lag die Sparquote 2006 bei 10,6 Prozent.

Insgesamt stieg das Bruttovermögen seit 1992 um 62 Prozent. Den Vermögenswerten in Höhe von 10,4 Billionen Euro stand im Jahr 2006 eine Verschuldung von etwa 1,6 Billionen Euro gegenüber. Etwa zwei Drittel dieser Schulden entfielen auf Hypotheken. Mit einem jährlichen Anstieg von 4,4 Prozent erhöhten sich die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte seit Anfang der neunziger Jahre vergleichsweise langsam. Insbesondere seit 2001 war der jährliche Anstieg sehr verhalten; in den Jahren 2005 und 2006 sank die Verschuldung sogar. Das steigende Bruttovermögen und das verlangsamte Schuldenwachstum führten dazu, dass sich die Nettovermögensposition der privaten Haushalte seit 1991 mehr als verdoppelte.

Laut einer aktuellen Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) war das Nettovermögen von hochgerechnet rund 6,6 Billionen Euro im Jahr 2007 (ohne PKW und Hausrat) sehr ungleich verteilt. Auf die – gemessen an der Höhe des Vermögens – oberen 10 Prozent der Personen über 17 Jahre entfielen knapp 61,1 Prozent des Vermögens – allein das oberste Prozent konnte etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens auf sich vereinen. 27,0 Prozent Prozent der erwachsenen Bevölkerung verfügten über kein Vermögen oder waren verschuldet. Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Personen hatten im Jahr 2007 einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als 9 Prozent.

Im selben Jahr verfügten Personen ab 17 Jahren über ein durchschnittliches Nettovermögen von 88.000 Euro (Median: 15.300 Euro). Das Nettovermögen der Erwachsenen in Westdeutschland war mit

## ■ ■ Vermögensentwicklung

durchschnittlich rund 101.000 Euro mehr als dreimal so hoch wie das in Ostdeutschland mit 31.000 Euro. Während die 18 bis unter 25-Jährigen über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7.000 Euro verfügten, besaß die Altersgruppe der 56 bis 65-Jährigen mit durchschnittlich knapp 145.000 Euro das höchste Nettovermögen.

### ■ **Datenquelle**

Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research: Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland, Vermögensreport 2007; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): Wochenbericht Nr. 4/2009

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Zur Berechnung des Median (Zentralwert) werden hier alle Personen ihrem Vermögen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Vermögenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Vermögen.

## ■ Vermögensentwicklung

Vermögen der privaten Haushalte\* in absoluten Zahlen, Bruttowerte, Jahresendstände, 1992 bis 2006

	Geldvermögen	Sachvermögen	Gebrauchsvermögen**
	in Mrd. Euro		
<b>1992</b>	2.185	3.547	678
<b>1994</b>	2.518	3.944	741
<b>1996</b>	2.883	4.246	797
<b>1998</b>	3.307	4.422	856
<b>2000</b>	3.609	4.586	915
<b>2002</b>	3.676	4.743	968
<b>2003</b>	3.907	4.768	985
<b>2004</b>	4.087	4.783	1.001
<b>2005</b>	4.305	4.783	1.011
<b>2006</b>	4.529	4.811	1.041

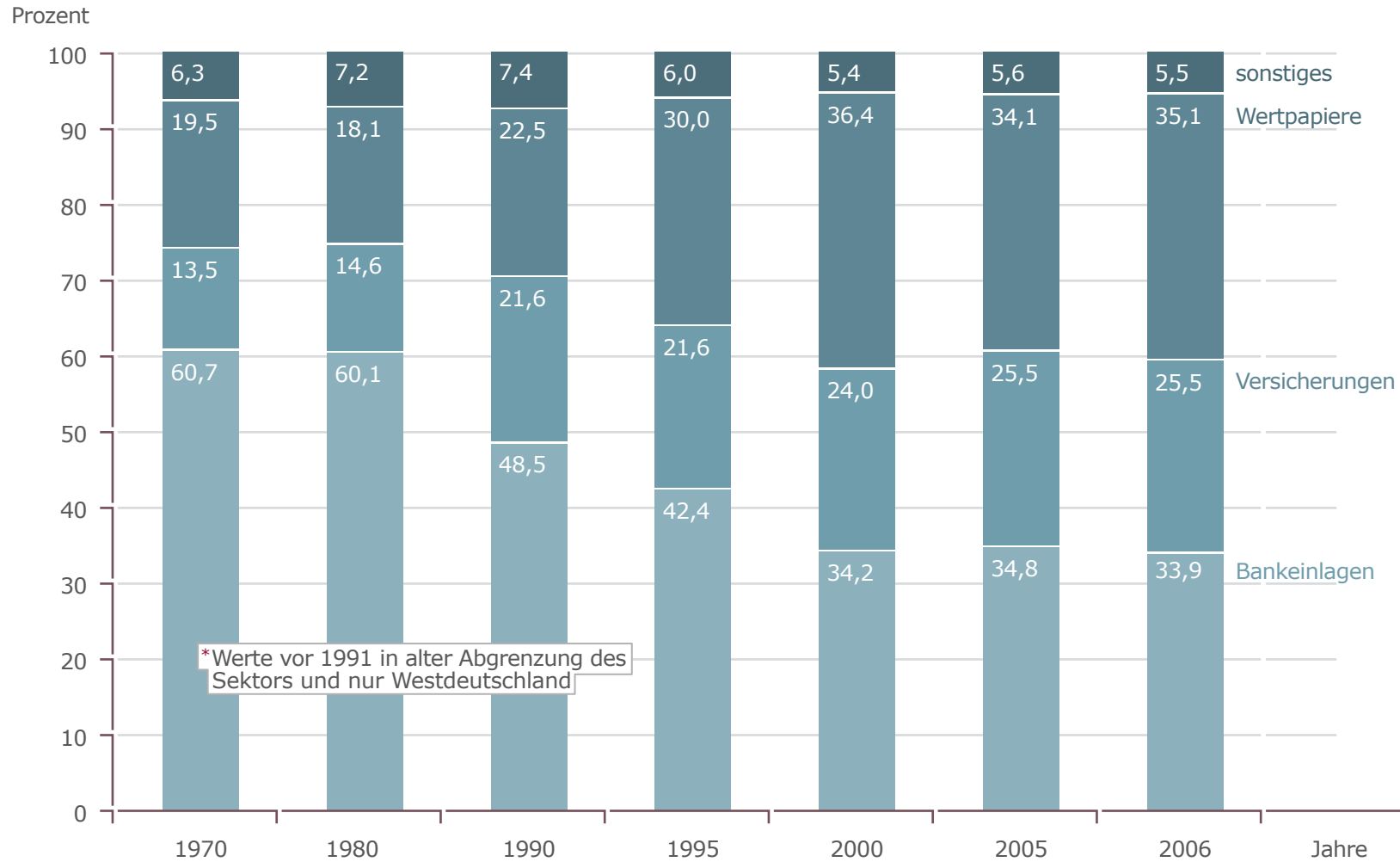
\* inklusive Selbstständige und Einzelkaufleute, private Organisationen ohne Erwerbszweck

\*\* für 2006 Schätzung Allianz Dresdner Economic Research

Quelle: Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research

# ■ Struktur des Geldvermögens

Anteile der Vermögensarten in Prozent, 1970 bis 2006\*



Quelle: Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2007



## ■ Struktur des Geldvermögens

### ■ Fakten

Mit mehr als 4,5 Billionen Euro hatte das Geldvermögen im Jahr 2006 einen Anteil von 43,6 Prozent am Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland (10,4 Bio. Euro). 46,3 Prozent entfielen auf Immobilien und 10,0 Prozent auf das Gebrauchsvermögen (Schmuck, Antiquitäten, Kunstgegenstände und ähnliches). In der Vergangenheit fand eine stetige Anteilsverschiebung zugunsten des Geldvermögens statt. Dabei hat sich auch die Struktur des Geldvermögens verändert.

Neben den kurz- und mittelfristigen Präferenzverschiebungen bei den Anlageentscheidungen vollziehen sich seit Jahrzehnten strukturelle Änderungen in der Zusammensetzung des Geldvermögens. So sank der Anteil der Bankeinlagen in Westdeutschland von 60,7 Prozent (1970) auf 48,5 Prozent (1990). Im wiedervereinigten Deutschland setzte sich dieser Trend fort. Der Anteil der Bankeinlagen schrumpfte von 42,4 Prozent im Jahr 1995 auf 33,9 Prozent 2006. Auf der anderen Seite erhöhte sich sowohl der Anteil der Versicherungen als auch der Anteil der Kapitalmarktprodukte am gesamten Geldvermögen. Der Anteil der Versicherungen stieg zwischen 1970 und 2002 von 13,5 auf 25,9 Prozent und hat sich seitdem nur wenig verändert. Der Anteil der Wertpapiere wuchs zwischen 1970 und dem Jahr 2000 zunächst von 19,5 auf 36,4 Prozent. Durch die unsicheren Entwicklungen am Aktienmarkt und den Börsencrash im Jahr 2002 reduzierte er sich jedoch auf 31,6 Prozent. In den Folgejahren erhöhte sich der Anteil wieder und lag 2006 bei 35,1 Prozent.

Beim Wertpapiervermögen erhöhte sich der Anteil der Investmentfonds zwischen 1991 und 2006 von 14,5 auf 33,0 Prozent. Der Anteil festverzinslicher Wertpapiere ist tendenziell gefallen; 1991 war der Anteil mit 48,6 Prozent noch deutlich höher als 2006 (30,4 Prozent). Uneinheitlicher ist das Bild beim Aktienanteil. Nach einer Steigerung des Anteils zwischen 1991 und 1999 von 23,0 auf 36,2 Prozent, lag der Anteil der Aktien am Wertpapiervermögen 2006 bei 23,3 Prozent.

Bei Bankeinlagen nahm der Bargeld/Sichteinlagen-Anteil zwischen 1991 und 2006 von 19,5 auf 39,8 Prozent zu. Parallel reduzierte sich der Anteil der Termingelder leicht von 21,8 auf 17,7 Prozent. Der Anteil der Sondersparformen (zum Beispiel Prämien sparen) hat sich tendenziell erhöht; zwischen 1991 und 2006 stieg der Anteil von 14,2 auf 30,9 Prozent.

### ■ Datenquelle

Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research: Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland, Vermögensreport 2007

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das Geldvermögen der privaten Haushalte wird im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank ermittelt. Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung ist ihrerseits Teil des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).



## ■ Struktur des Geldvermögens

Anteile der Vermögensarten in Prozent, 1970 bis 2006\*

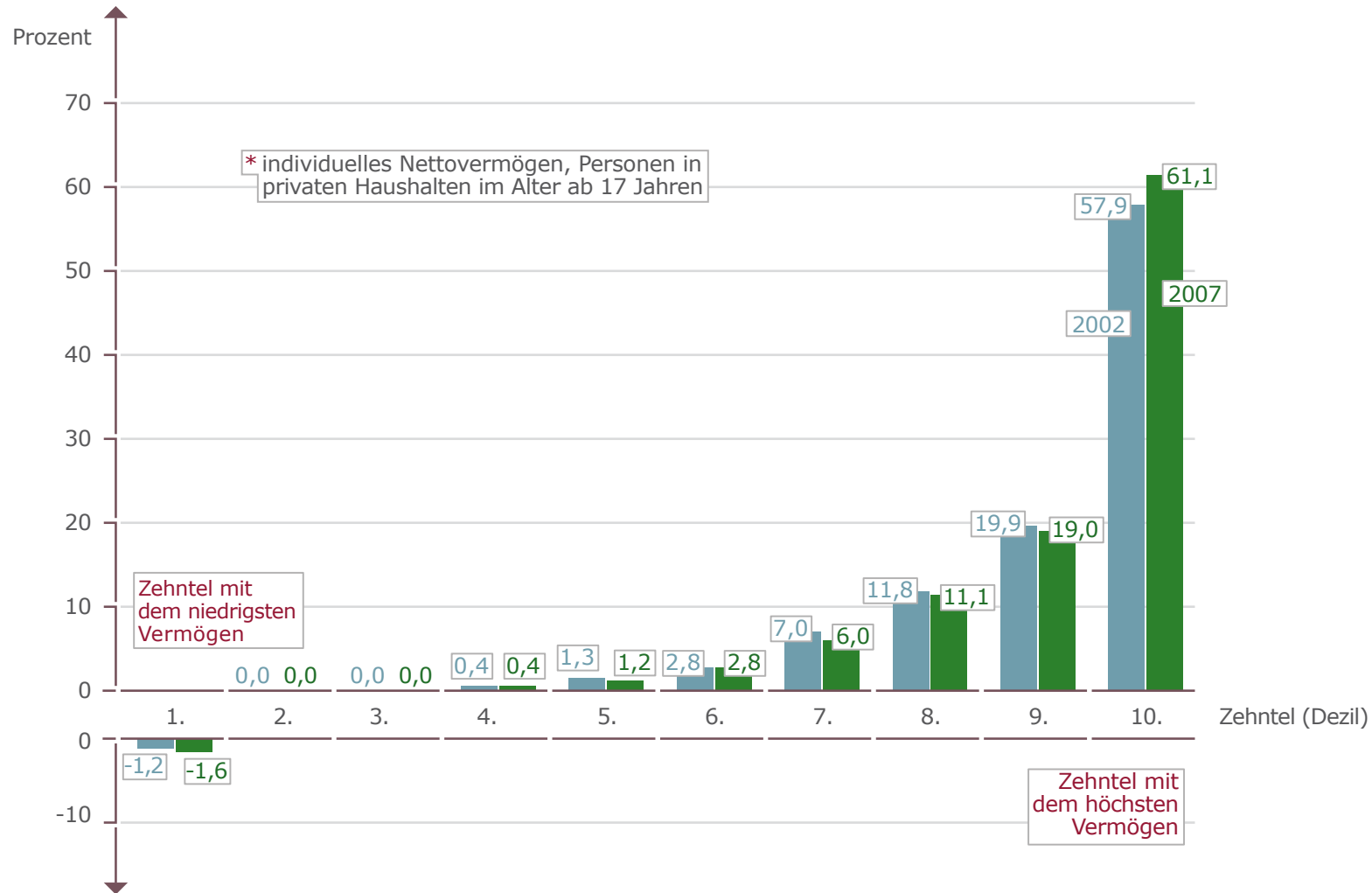
	Bankeinlagen	Versicherungen	Wertpapiere	sonstiges
<b>1970</b>	60,7	13,5	19,5	6,3
<b>1980</b>	60,1	14,6	18,1	7,2
<b>1990</b>	48,5	21,6	22,5	7,4
<b>1995</b>	42,4	21,6	30,0	6,0
<b>2000</b>	34,2	24,0	36,4	5,4
<b>2005</b>	34,8	25,5	34,1	5,6
<b>2006</b>	33,9	25,5	35,1	5,5

\* Werte vor 1991 in alter Abgrenzung des Sektors und nur Westdeutschland

Quelle: Deutsche Bundesbank; Allianz Dresdner Economic Research

## Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007\*



Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2009

# ■ ■ Vermögensverteilung

## ■ Fakten

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) lag das gesamte Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2007 bei rund 8 Billionen Euro. Grund- und Immobilienbesitz machte dabei mit 5,3 Billionen Euro den größten Teil aus. Im Vergleich zu 2002 wuchs der Wert des Bruttovermögens um mehr als 1,1 Billionen Euro. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte – vorrangig Konsumenten- und Hypothekarkredite – beliefen sich im Jahr 2007 auf gut 1,4 Billionen Euro. Nach Abzug dieser Verbindlichkeiten ergibt sich ein Nettovermögen der privaten Haushalte von insgesamt 6,6 Billionen Euro.

Das Nettovermögen ist sehr ungleich verteilt: Werden die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet und dann in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt, so zeigt sich für das Jahr 2007, dass das reichste Zehntel über 61,1 Prozent des gesamten Vermögens verfügte. Darunter hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste Prozent etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite verfügten 27,0 Prozent der erwachsenen Bevölkerung über kein Vermögen oder waren sogar verschuldet. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte 2007 dagegen niedriger.

Im Durchschnitt verfügten im Jahr 2007 alle Personen ab 17 Jahren über ein Nettovermögen von 88.000 Euro. Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert, der die reiche Hälfte von der ärmeren trennt, lag allerdings bei nur 15.300 Euro – anders formuliert verfügte

die Hälfte der Erwachsenen über ein Vermögen von weniger und die andere Hälfte über ein Vermögen von mehr als 15.300 Euro.

Nach wie vor bestehen deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Das Nettovermögen der Erwachsenen in Westdeutschland war mit durchschnittlich rund 101.000 Euro mehr als dreimal so hoch wie das in Ostdeutschland mit 31.000 Euro. Dabei haben sich die Unterschiede seit 2002 verstärkt: In Westdeutschland wuchs das Nettovermögen um mehr als 11 Prozent, während es in Ostdeutschland um knapp 10 Prozent abnahm – inflationsbereinigt entspricht dies einem Rückgang um mehr als 17 Prozent. Hauptgrund hierfür ist das Sinken des Marktwertes selbstgenutzter Immobilien.

Auch bei einer Unterscheidung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund ist eine Korrelation mit der Höhe des individuellen Vermögens festzustellen: Während die 18 bis unter 25-Jährigen im Jahr 2007 über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7.000 Euro verfügten, besaß die Altersgruppe der 56 bis 65-Jährigen mit durchschnittlich knapp 145.000 Euro das höchste Nettovermögen. Und im Jahr 2002 lag das durchschnittliche Nettovermögen der Männer über dem der Frauen (96.000 gegenüber 67.000 Euro) sowie das der Personen ohne Migrationshintergrund deutlich über dem der Personen mit Migrationshintergrund (87.000 gegenüber 47.000 Euro).

Obgleich das verfügbare Einkommen deutlich weniger konzentriert ist als das Vermögen, besteht zwischen den Verteilungen dieser beiden ökonomischen Größen ein enger Zusammenhang. Dem Einkommens-



## ■ Vermögensverteilung

stärksten Zehntel der Bevölkerung standen 2007 durchschnittlich 317.000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommensschwächste Zehntel nur rund 32.000 Euro betrug.

### ■ Datenquelle

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): Wochenbericht Nr. 4/2009

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das SOEP erfasst verschiedene Vermögenskomponenten: selbstgenutzter und sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- oder Wochenendwohnungen), Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investmentanteile), Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- oder private Rentenversicherungen, Bausparverträge), Betriebsvermögen (Besitz oder Beteiligung an einer Firma, Geschäft oder Betrieb), Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände (ohne Pkw und Hausrat) sowie Schulden (Konsumenten- und Hypothekenkredite). Nach Abzug der Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen erhält man das wohlfahrtsökonomisch relevante Nettogesamtvermögen.

## ■ ■ Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln (Dezilen), Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007\*

	2002	2007
<b>1. Dezil</b>	-1,2	-1,6
<b>2. Dezil</b>	0,0	0,0
<b>3. Dezil</b>	0,0	0,0
<b>4. Dezil</b>	0,4	0,4
<b>5. Dezil</b>	1,3	1,2
<b>6. Dezil</b>	2,8	2,8
<b>7. Dezil</b>	7,0	6,0
<b>8. Dezil</b>	11,8	11,1
<b>9. Dezil</b>	19,9	19,0
<b>10. Dezil</b>	57,9	61,1

\* individuelles Nettovermögen, Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren

Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin